

INTERHELPO



Zeitung der FAU-Ortsgruppe Münster - Nr. 17, November 2003

Sozialismus statt Soziologie!

Gewaltförmigkeiten im Wissenschaftsbetrieb

Wozu heute noch Soziologie studieren?

... diese Frage stellt sich wohl jedeR ErstsemesterIn und auch noch so manche Studis im fortgeschrittenen Studium. Später mal zur „Elite“ gehören zu wollen oder tolle Karriereaussichten zu haben, kann bei dem Fach wohl nur seltenst die Antwort sein, wenn wir uns auch andauernd anhören müssen, dies sei wohl der Sinn eines Studiums.

Wer eine wirtschaftliche Karriere anstrebt, studiert wohl eher BWL oder Jura, vielleicht auch eine Naturwissenschaft – selbst Politikwissenschaft oder Journalistik erscheint da aussichtsreicher. Und dann gibt es vielleicht noch die LehramtlerInnen, die vielleicht gar nicht genau wussten, was sie überhaupt studieren sollten und auf Nummer Sicher gegangen sind: Das Studium der für eineN interessanten Fächer mit relativ sicheren Berufsaussichten.

„Elite“ werden nur jene, die sich zutrauen, sich durch den Ellenbogenbetrieb Universität durchzuschlagen – ohne Rücksicht auf Verluste. Verluste sowohl an jenen, die dabei auf der Strecke bleiben wie auch an eigenem kritischem Gedankengut.

Wenn mensch sich entschließt, diese Laufbahn einzuschlagen, so geht das wie folgt: Erst einmal strebt mensch natürlich die Promotion an. Um sich ein Standbein im jeweiligen Fach zu verschaffen und die richtigen Verbindungen aufzubauen, schließt mensch sich einem akademischen elitären Zirkel an, einem sogenannten

„Kolloquium“, in dem mensch sich dann regelmäßig mit dem wichtigen Herrn Professor (die ausschließlich männliche Form ist hier durchaus beabsichtigt...) trifft und möglichst zu allem, was der so meint, „Ja und Amen“ sagt – natürlich in die richtigen wissenschaftlichen Vokabeln verpackt. Weiterhin versucht mensch dann, erste akademische Erfahrungen zu sammeln durch zahlreiche Publikationen und durch Lehraufträge.

Auf diesem Weg hat mensch dann schon einiges verloren: Kolloquien sind durchaus Rangeleien um die höchste Gunst des Profs, auf Kosten der Mitstudierenden – anders ist das nicht möglich. Dabei geht gleich auch ein Teil der eigenen Kritik flöten.

Lehraufträge bekommt mensch natürlich auch nur, wenn mensch selbst wie auch die Inhalte einigermaßen konform sind. Immerhin, mag jetzt so mancheR denken, die Lehrbeauftragten geben doch noch quasi die einzig guten Seminare in der Soziologie. Stimmt. Und wie viele kritische Seminare wären noch dabei, hätten die Herren Profs nicht vorher nach ihrem Gutdünken aussortiert: Thematisch, nach politischer Konformität und nicht zuletzt nach dem Kriterium „Wessen Nase passt uns?“

Es soll nicht verschwiegen werden, dass diese Lehraufträge wahlweise für einen Hungerlohn oder vollständig unentgeltlich vergeben werden, die auf diese Weise Lehrenden müssen schon von etwas anderem leben. Mensch kann ja immer noch Taxi fahren oder Bier ausschenken.

Zugegebenermaßen kann diese Praxis der Vergabe von Lehraufträgen von zwei Seiten betrachtet werden: Immerhin gibt das Institut für Soziologie seinen Lieblingen die Chance, dort zu lehren, während an anderen Instituten lieber auf Studienräte oder Kommunalpolitiker zurückgegriffen wird.

Was nach 1968 – gerade in den Sozialwissenschaften – noch Gang und Gäbe war, nämlich mit der Intention, Gesellschafts- und Herrschaftskritik zu üben und weiterzugeben, eine akademische Laufbahn einzuschlagen, ist heute ein

Ding der Unmöglichkeit.

Das hat historische Gründe. War das gesellschaftliche Klima gerade an den Universitäten nach 1968 noch eines, dass mit Kritik umgehen konnte, diese vielleicht sogar erwartete, so kamen in den 80ern neuere AkademikerInnen hinzu, für die die Krönung des Protests der Beitritt zu den Grünen gewesen sein muss – und die anschließend alle vorausschbaren Wandlungen in dieser Partei und in der Sozialdemokratie mitmachten. Aufgepeppt wurde dieser universitäre Schlamassel noch durch eine neoliberale 89er Generation.

Das Vorgehen der angehenden JungakademikerInnen wollen wir keineswegs verurteilen – sicherlich sind ihnen die Nachteile der



von ihnen eingeschlagenen Laufbahn bewusst. Der zumindest teilweise Zwang zum Verzicht auf Herrschaftskritik zumindest innerhalb der Universität, die ökonomische Ausbeutung etc. Unannehmlichkeiten, die auch andere Jobs und Karrieren mit sich bringen. Die schamlose Ausnutzung dieses Gewaltverhältnisses durch die etablierten SoziologInnen Münster allerdings – die prangern wir an.

Strukturelle Gewalt

Um einen emeritierten Soziologen der Uni Münster zu zitieren: „Macht macht blöd.“ Das gilt nicht nur für Parteifunktionäre, das gilt auch an der Universität. Wer erst einmal auf seiner C4-Professur sitzt, kann sich vieles erlauben – und das ist nicht mal das eigentliche Problem. Von Ausnahmen abgesehen macht diese Position auch herrschaftsblind und ignorant gegenüber Gewaltverhältnissen

Es ist alles andere als verwunderlich, dass der von Johan Galtung geprägte Begriff der „strukturellen Gewalt“ in den Sozialwissenschaften heute nicht mehr geliebt ist. Müsste dieser doch in letzter Konsequenz auf die eigenen Verhältnisse angewandt werden. Und der moderne Soziologe von heute betrachtet nun einmal lieber die Gesellschaftsverhältnisse anderswo anstatt jene des eigenen Milieus.

Strukturelle Gewalt nach Galtung ist jene Gewalt, die dem System inne ist, die keinen einzelnen personalen Akteur braucht, um Gewalt anzutun. Gemeint ist bei Galtung soziale Ungerechtigkeit, die kapitalistischen Besitzverhältnisse, in mancher Hinsicht auch das staatliche Gewaltmonopol. Sie kann physisch wie psychisch sein, und gerade – wenn auch nicht allein – letzteres trifft auf die universitären Verhältnisse zu.

Die eindeutige Hierarchie vom C4-Prof zum Ersti, sei es in den offiziellen Gremien der universitären Selbstverwaltung, sei es im akademischen Alltag, sind ein Indiz dafür. Auf dem Weg zu den Abschlussprüfungen, auf dem Weg der akademischen Karriere geschieht strukturelle Gewalt – durchaus auch dadurch, dass sich die von dieser Gewalt Betroffenen immer wieder selber den „Sach“zwängen unterwerfen. Die mangelnde Mitbestimmung, etwa was die Inhalte der Lehre bzw. heutzutage auch Leere betrifft, die immer offensiver zu Tage tretende neoliberale Umstrukturierung dieser wie anderer Studiengänge – all dies ist gewaltförmig.

Natürlich ist diese Gewaltförmigkeit abzugrenzen von der globalen strukturellen Gewalt des Kapitalismus- ganz allgemein gesprochen fordert letzterer täglich 100.000e von Toten, das tut das Soziologiestudium nicht. Selbst wenn so mancher Dozent bittet „Achten sie auf Anschläge“ hat das Soziologieinstitut auch noch keinen kleinen, privaten 11.9. hinter sich – und es soll ja Menschen geben, die vorher nicht von Gewalt sprechen mögen – aber die universitäre Gewaltförmigkeit, Teil der kapitalistischen

Gewaltförmigkeit, drückt sich aus in StudienabbrecherInnen, Studierenden, die den Seminaren fernbleiben etc.

Patriarchale Gewalt

Die Gewaltförmigkeit der Institute lässt sich auch in einem anderen Koordinatensystem erfassen: Wenn wir das Institut für Soziologie als patriarchal bezeichnen, so betrifft dies sowohl strukturelle wie auch personelle Gewalt, sowohl physische wie auch psychische Gewalt.

Zu selten wird immerhin die personale, physische sexualisierte Gewalt als Zuspitzung von patriarchalen Verhältnissen in der Öffentlichkeit sichtbar. Physische sexualisierte Gewalt wird nicht nur einfach nach einem „Lustprinzip“ angetan, sondern in diesem Sinne erfüllt sie die Funktion der Herrschaftsabsicherung: Der Täter ist mächtig und stellt es unter Beweis.

Wir wollen an dieser Stelle nicht auf Einzelfälle eingehen, sondern ein weiteres Mal die Binsenweisheit erwähnen, dass solche an der Universität alltäglich ist und zumeist von Tätern, „Betroffenen“ und BeobachterInnen verschwiegen wird. Die Tabuisierung sexualisierter direkter Gewalt, der Gedanke, dass verschwiegen werden muss, schon verweist auf eine strukturelle, psychische Gewalt patriarchaler Form. Die allgemeine Schweigsamkeit ist dabei von verschiedenen Seiten zu betrachten: Sie kann einerseits aus Angst und Selbstschutz resultieren, andererseits zur Stabilisierung der Hierarchie dienen. Die Gründe für die Tabuisierung sind individuell bei Tätern, Betroffenen und MitwisserInnen, immer aber verweisen sie auf eine gesellschaftliche Schiefelage, die dieses Tabu hervor-bringt.

Patriarchale Gewalt in personaler psychischer Form lässt sich z.B. spüren, wenn die sexualisierte Gewalt benannt wird. Ausgerechnet an solchen Punkten schweigen die Herren Professoren nicht mehr sondern fühlen sich genötigt, einzugreifen. Hier wirkt Hierarchie – personifiziert in Dozenten, die verharmlosen und die Ereignisse lächerlich machen, die gewaltförmige Mittel anwenden um zum (Ver)Schweigen zurückzukehren. Diese Struktur lässt sich auch bei Studierenden, in anderen Bereichen als der Universität und sowohl bei Männern wie bei Frauen wiederentdecken. Gleiches gilt für die sexualisierte Gewalt, in ihrer zugespitztesten Form wie in allen anderen, im allgemeinen, nicht nur in der hierarchischen Ebene zwischen Dozenten und StudentInnen, auch unter „gleichberechtigt“ Studierenden.

Patriarchale Gewalt möchten wir aber durchaus allgemeiner fassen: Nicht jede patriarchale Gewalt ist auch sexualisiert. Patriarchat drückt allgemein auch die hierarchische Pyramide aus, an deren Spitze in Politik wie in Wissenschaft normalerweise Männer – Patriarchen sozusagen – stehen. In einer nicht nur kapitalistisch, sondern auch patriarchal organisierten Gesellschaft sind auch Männer von dieser patriarchalen Gewalt betroffen, wenn auch in anderen Ausprägung: Ein Mann muss bestimmten Rollenklischees entsprechen, muss hart und erfolgreich sein, er ist zumindest „Opfer“ der strukturellen patriarchalen Gewalt. Im konkreten Beispiel etwa in den Formen, die oben schon genannt wurden.

Diese Strukturen aufzubrechen und nicht einfach zu akzeptieren, konkrete Taten zu verhindern und das Tabu zu enttabuisieren, darin liegt die Verantwortung jeder und jedes einzelnen an der Universität wie anderswo. Einen Umgang miteinander zu finden, in dem persönliche Grenzen wahrgenommen, geäußert und respektiert werden, sollte der Anspruch aller sein.

Interhelpo – das klingt gewöhnungsbedürftig. Kann man das essen? Nein, das ist Esperanto und bedeutet gegenseitige Hilfe . Warum Esperanto? Esperanto ist eine internationale Sprache der ArbeiterInnenbewegung, die sich Anfang des Jahrhunderts entwickelte. Es soll sprachliche Verständigung ermöglichen, die nationale Grenzen überwindet genau wie eine solche Bewegung diese Grenzen sprengen muß. Warum gegenseitige Hilfe ? Gegenseitige Hilfe ist ein solidarischer Grundsatz, den wir als FAU verfolgen. Erstmals formuliert wurde er von Peter Kropotkin in seinem Buch *Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt* , und stellt einen unverzichtbaren Teil anarchistischer Theorie und Praxis dar.

Die Notwendigkeit von Studien- gruppen

Strukturelle Gewalt hat die Eigenart, nicht einfach „von oben nach unten“ zu wirken. Das einfache Täter-Opfer-Schema reicht nicht zur Erfassung dieser Gewaltverhältnisse. Dennoch sind Gewinner und Verlierer zu entdecken bzw. Menschen, die mit dieser Art von Gewalt besser oder schlechter umgehen können. Wissenschaft und hier insbesondere die Universität sind – das ist eigentlich nichts Neues – hierarchisch strukturierte Bereiche. Das bedeutet, dass DozentInnen, durchaus auch „Opfer“ sind, wie auch Studierende „Täter“ sein können. Das impliziert für unsere Praxis, wenn wir denn wünschen, im Studium zu lernen, dass dies so einfach im als Zwangsverhältnis strukturierten Wissenschaftsbetrieb nicht möglich ist.

Die Münsteraner universitäre Soziologie leidet gar furchtbar unter den Sparzwangsmaßnahmen der Regierung, unter der Ignoranz dominanterer Fächer etc.: Sie sieht sich durchaus in einer Defensivperson, was zumindest ansatzweise ihr aggressives Verhalten gegenüber jenen erklärt, die in der Hierarchie eine Stufe unter ihr steht: Ihren Lehrkräften und ihren Studierenden.

In den momentanen Gesellschaftsformationen ganz normal eigentlich, doch von Soziologen hätte mensch mehr (Widerstand) erwartet.

Was einst eine nette Idee von Studierenden war, selbstorganisiert in Studiengruppen gleichzeitig zu lernen und zu lehren, entpuppt sich mehr und mehr zur Notwendigkeit: Wer heute noch Gesellschaftskritik üben möchte, findet ihren/seinen Bezug unter Studierenden, nicht unter DozentInnen – das gilt nicht nur für die Soziologie, aber hier ist es aktuell und akut.

Studiengruppen können hierbei zwar kein politisches Engagement ersetzen, das Studium aber allemal – wenn es um das Wissen geht und nicht um die Karriere.

Die Soziologie hat aufgegeben: Sie ist nur mehr Ausbildung, aber keine Bildung mehr. Es ist nach wie vor zu kritisieren, dass das Angleichen an die Marktwirtschaft hier so wunderbar vor unseren Augen funktioniert und, wenn sie denn nicht funktioniert, einfach gekürzt oder gestrichen wird. Angesichts der momentanen Zurichtung der Soziologie von innen und außen ist mensch allerdings versucht, ihr die Abschaffung zu gönnen.

Der Widerstand hat gerade erst begonnen, hoffentlich!

Über 100.000 Menschen demonstrierten am 1. November in Berlin gegen den „Sozialkahltschlag“. Wer hätte das gedacht? War das ein einmaliges Aufbäumen der Frustrierten gegen die massive Propaganda der Reformprediger oder Anzeichen eines sich neu formierenden sozialen Widerstandes, der sich Sprachrohre und Öffentlichkeit erst schaffen muss, nach dem sich immer deutlicher gezeigt hat, dass SPD, Die Grünen und DGB nicht mehr für die Verteidigung umfassender sozialer Absicherung stehen, sondern vielmehr die Speerspitze einer ideologischen und praktischen Umdefinition von dem sind, was als „sozial gerecht“ gelten soll?

Wer die Berichte der Mainstream-Medien verfolgt hat, mag den Eindruck gewonnen haben, das war eine PDS- attac- und ver.di-Veranstaltung. Wer dort war, konnte sehen, dass das Spektrum viel viel größer war, und keinesfalls eine oder wenige Organisationen dominierten. Neben zahlreichen lokalen Initiativen und vielen anscheinend unorganisierten TeilnehmerInnen war ein großer sozialrevolutionärer und anarcho-syndikalistischer Block nicht zu übersehen, daneben die unvermeidlichen Berliner K-Gruppen im Dutzend.

Interessanter für eine Analyse des politischen Umfeldes, in das die Proteste gegen den Wust von Reformpaketen, Leistungskürzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen einzuordnen sind, scheinen mir aber einige Beobachtungen am Rande zu sein. Da ist zu allererst die Rolle der DGB-Gewerkschaften. Sie haben nicht offiziell zur Demonstration aufgerufen, um so bemerkenswerter, dass viele lokale DGB-Untergliederungen mit größeren Gruppen kamen. Während die

Führungsspitzen der Gewerkschaften seit Beginn der aktuellen Welle von Arbeitsmarkt- und Sozialreformen zwischen meist nicht allzu grundsätzlicher Kritik und regierungstreuer Rhetorik lavierten, und den möglichen Widerstand der Basis schon längst für nicht existent bis zwecklos erklärten, hatte diese Basis nun doch endlich den Weg auf die Straße gefunden, und dem DGB



seinen Zustand vor Augen geführt: Ein Funktionärsapparat, der sich angesichts zunehmender ideologischer Anfechtung seiner Legitimation in ein defensives Taktieren geflüchtet hat, und dabei offenbar große Teile seiner (potenziellen) Basis aus dem Blick verliert.

VertreterInnen der Grünen äußerten sich empört über den völlig unsachlich seine Wut auf die Straße tragenden Pöbel. Sie scheinen dort ihre enttäuschten WählerInnen und die Reste ihres kuscheligen Müslimilieus erblickt zu haben, bloß mit den falschen Fahnen und unwillig, auf den Befehl der Partei gewordenen ehemaligen Bewegungsleitwölfe zu hören.

Attac scheint sich zum Feindbild der Grünen zu mausern, und zeigte bei seinem ersten größeren innenpolitischen Auftritt um so deutlicher seine Schwächen: eine absolut mangelhafte Kapitalismusanalyse. Vielleicht will oder kann man eine klare und deutliche Position zum Kapitalismus – welche auch immer – großen Teilen der überaus heterogenen Basis auch gar nicht zumuten. Die einzig brauchbare Analyse lieferte auf der Abschlusskundgebung der Redebeitrag des Frankfurter Professors Rainer Roth. Attac hingegen scheint weiterhin von der gerechten Marktwirtschaft zu träumen, ohne Wachstum – wegen der Umwelt – und mit genug zu beißen für alle, wozu man bloß die moralisch verkommenen Kapitalisten entfernen müsste. Gegen Schluss daher „das Einmaleins unserer Ökonomie“, ein längeres Zitat von Hermann Engster aus der Frankfurter Rundschau (!) (man kann es wohl nicht oft genug sagen):

„Wachstum, und zwar unaufhörliches Wachstum, ist das Grundgesetz der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Waren werden produziert, um damit Geld zu verdienen, und Geld wird wieder investiert, um noch mehr Geld zu verdienen. (...) Wir alle – der kleine Sparer, der Konzernchef, der Großaktionär – sind beherrscht von diesem unpersönlichen automatischen Subjekt der Selbstverwertung des Werts und spekulieren auf unseren Anteil (...) Wenn nun Attac ‚Abschied vom Wachstum‘ nehmen will, dann bedeutet das auch eine Abkehr von der kapitalistischen Ökonomie (die übrigens, auch wenn es viele glauben, kein Naturgesetz ist). Das alles sollten die Attac-Leute sich bewusst machen und sich überlegen, ob sie diese Konsequenz zu ziehen bereit sind. Die hohe Moral und der leidenschaftliche Elan dieser Bewegung würden in Verbindung mit dieser theoretischen Einsicht dann eine überaus brisante Mischung ergeben.“

Dass diese Grundsatzfragen angesichts der derzeitigen sozialen Verwerfungen wieder auf breiterer Ebene diskutiert werden, ist notwendig und zu hoffen, und ein zentraler Bestandteil der Verfestigung einer sozialen Bewegung. Wenn man den herrschenden Verhältnissen längerfristig wirklich etwas entgegensetzen will, kommt man nicht umhin, mehr zu tun, als gelegentlich eine Großdemonstration gegen Sozialkahlschlag auf die Beine zu stellen. Aber es ist ein Anfang.

Samstag, 13.12.2003: DEMONSTRATION

Alle gemeinsam für eine soziale Zukunft!

Demonstration gegen Sozialkahl Schlag in Münster

Startort: Hafenplatz am Albersloher Weg 35

Kein Konsens mit der Bevölkerung

Zum 7. Mal fuhr ein mit Atommüll beladener Castortransporter von der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague in das wendländische Zwischenlager Gorleben. Zum 7. Mal war der Protest groß: 6000 Menschen forderten den sofortigen Stopp der Atomenergieproduktion und die Klärung der Endlagerfrage.

Ungeachtet der allgemeinen Ablehnung der Atomenergie in der Bevölkerung, werden weiterhin Atomkraftwerke betrieben, Atommüll produziert, transportiert und wieder aufbereitet. Über 30 Jahre Laufzeit sicherte die Rot-Grüne Bundesregierung den Akw-Betreibern für ihre Anlagen zu und spricht dabei auch noch vom Ausstieg aus der Atomenergie und vom Atomkonsens.

Daß dieser Konsens nicht mit der Bevölkerung gemacht wurde, ist in diesem November anlässlich des Castortransports nach Gorleben wieder einmal deutlich gemacht worden:

Mit vielfältigen Protestaktionen demonstrierten 6000 Menschen zur Auftaktveranstaltung gegen die Atomenergie. Für die

Endlagerung von Atommüll müsse ein geeigneter Standort gefunden werden. Der geplante Endlagerstandort Gorleben und das bereits genehmigte Endlager Schacht Konrad in Salzgitter hätten sich wissenschaftlich als nicht tragbar herausgestellt.

Im "Zwischenlager" Gorleben waren bereits 32 Castoren eingelagert. Mit dem letzten Transport sind weitere 12 hinzugekommen. 145 weitere Castoren sollen in den nächsten 10 Jahren folgen.

Zum diesjährigen Castortransport nach Gorleben: Trotz der Abruflbereitschaft von 13.000 PolizistInnen, wurde der Zug mehrfach gestoppt und fuhr mit 6 stündiger Verspätung in den Verladebahnhof Dannenberg ein. Protestler hatten Sitzblockaden auf den Schienen errichtet. Dies wurde auf der Straße wiederholt, als dort der Castortransport nach Gorleben fortgesetzt wurde. Hier war der Polizeieinsatz jedoch so massiv, daß der Transport keine weiteren Störungen mehr erfuhr.

Kriegsberichterstattung im Irak

Die FAU Münster zeigt den arte-Themenabend zur Kriegsberichterstattung. Erläuterungen der OG, Diskussion aller, Bücher und Getränke gibt's dabei.

Zeit und Ort: Sonntag, 14.12.2003 19:00 Emma-Goldmann-Zentrum, Dahlweg 64

Jeden 1. Dienstag 20 Uhr im Versetzt, Grevener Str. 53

Café Libertaire. Offenes Treffen der FAU

Freie ArbeiterInnen Union, Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster. E-Mail: faums@fau.org.

Netz: <http://fau.org/bsy/muenster>.

